

Archiv

Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

8. SEP. 1955

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/77

Bonn, den 7. September 1955

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>An ihrem Schweigen könnt ihr sie erkennen</u> Worüber die Wahlkämpfer der CDU nicht reden sollen	21
1	<u>Splitterparteien</u> Verlorene Stimmen	26
2 - 5a	<u>Mit Herbert Wehner auf Tour</u> Die Zonenrandgebiete - seine große Sorge Eine Reportage von Günter Markscheffel	218
6 - 7	<u>Am Schalthebel der Kontrolle (II)</u> Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des 4. Deutschen Bundestages	92
8	<u>Heinrich Ritzel</u> Von Erwin Schoettle Vizepräsident des Bundestages	34

+ + +

An ihrem Schweigen könnt ihr sie erkennen

Worüber die Wahlkämpfer der CDU nicht reden sollen

sp - Für die letzte Phase des Wahlkampfes hat die Wahlkampfleitung der CDU ihre Redner ersucht, über gewisse Themen nicht mehr zu sprechen. Dazu gehören: Die amerikanischen Abrüstungsvorschläge in Genf, die Vorbereitung einer Friedensregelung für Deutschland, das seit längem angekündigte, aber immer wieder geplatze "Sozialpaket" des noch amtierenden Bundesarbeitsministers Blank, die nicht vorhandene Gesundheitspolitik der Bundesministerin Schwarzhaupf und die leidigen Preiserhöhungen. Alle diese Themen, so meint die Wahlkampfleitung der CDU, seien "zu kompliziert", als daß man sie wenige Tage vor der Wahl noch ausreichend und wirkungsvoll genug erläutern könnte. In der CDU-Zentrale weiß man sehr genau, daß jeder Versuch einer Rechtfertigung des Versagens der noch amtierenden Bundesregierung auf diesen Gebieten ein hoffnungsloses Unternehmen wäre. Deshalb wird das große Schweigen empfohlen; denn worüber nicht gesprochen wird, darüber kann auch nicht diskutiert werden. Kommentar eines der CDU-Wahlmanager: "Schließlich ist ein Wahlkampf nicht dazu da, um den Leuten etwas zu erklären."

Ob dieses Rezept noch etwas hilft? Wir bezweifeln es. Alle Beobachtungen vom Wahlkampf besagen, daß der Wähler keine Schlagworte zu hören wünscht, sondern dankbar dafür ist, wenn ihm erklärt wird, wie diese oder jene Partei die vor uns liegenden Probleme zu lösen gedenkt.

Deshalb: An ihrem Schweigen könnt ihr sie erkennen.

Splitterparteien - Verlorene Stimmen

sp - Sie führen klingende Namen, setzen sich große Ziele, glauben zur Lösung der deutschen Nöte berufen zu sein. Viel Anmaßung steckt dahinter, oft eine totale Verkenntnis der Realitäten und bei manchen auch viel Romantik. Die Splitterparteien haben nicht die geringste Chance, die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden, sie werden auch nach dem 19. September bleiben, was sie heute sind: Am Rande der Politik vegetierende Häuflein von Sektierern, ewig Gestrigen, Weltverbesserern und irreföhrten Idealisten. Im Falle der DFU, der Deutschen Freunde Ulbrichts, fällt die Beurteilung nicht schwer. Die Kommunisten setzen auf sie große Hoffnungen. Die DFU soll nach einem berühmten Wort aus der Weimarer Zeit als "Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie" wirken. Die Vergangenheit jedoch wiederholt sich nicht. Ob mit oder ohne Rückenbedeckung Ulbrichts, die DFU kann die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, sie scheitert, wie alle anderen Splitterparteien, an der politischen Urteilskraft des Wählers. Die Vielzahl der Parteien war eine der Schwächen der Weimarer Demokratie. Der Gesetzgeber nach dem zweiten Weltkrieg sorgte dafür, daß sich diese Tragödie in der Bundesrepublik nicht wiederholte, ohne dabei dem politischen Leben Gewalt anzutun. Die Entscheidung fällt zwischen Sozialdemokraten und Unionsparteien. Wenn es wirklich ernst ist mit einem Führungswechsel in Bonn, mit der Erneuerung deutscher Politik, mit der notwendigen Zurückweisung einer verbrauchten, der Vergangenheit verhafteten CDU/CSU auf den zweiten Platz, verschonkt nicht seine Stimme; er entscheidet sich für die Sozialdemokratie. Wer Splitterparteien wählt, stellt sich außerhalb der politischen Wirkungsmöglichkeit und verlängert die Bonner Misere.

Mit Herbert Wehner auf Tour

Die Zonenrandgebiete - seine große Sorge

Eine Reportage
von Günter Markscheffel

Auf dem kleinen Flugplatz Hangelar bei Bonn mit seiner Graspiste surren schon die Propeller des Flugtaxi, als Herbert Wehner, noch ohne Pfeife, im schwarzen Mercedes ankommt, einmal rechts und einmal links nickt, zwei Aktentaschen in jede Hand nimmt, eine dritte unter den Arm klemmt und behenden Schritts, zwei Journalisten hinter sich herziehend, schnell zur Maschine eilt. Im Gefolge selbstverständlich Greta Burmester Sekretärin, Stundenplanhalterin und Betreuerin zugleich. Die Piloten werden begrüßt, und schon zuckelt die kleine zweimotorige Maschine über die Grasbahn in Richtung Hamburg. Hundert Meter über der Sieg hat Greta bereits einen Haufen Papiere ausgebreitet, daneben aber auch die Thermosflasche mit Kaffee auf den kleinen Tisch gestellt, Taschen zurechtgerückt (Wehner zu den Journalisten: "Sie sehen, die sind alle noch im Schrank."), ein paar Brötchen dazugelegt und die Pfeife an den Rand des Tisches gerückt.

Gleich nach dem Start wieder Arbeit

Das ist der Start - einer von vielen in diesen Wochen - in den Wahlkreis, in das Zonenrandgebiet zu Versammlungen und Kundgebungen oder zu Diskussionen mit Betriebsräten, Grenzschutzsoldaten, den Mitgliedern von Gemeindeparlamenten, Kreistagen oder Industrie- und Handelskammern.

Im Flugzeug wird nicht viel geredet. Das kurze Frühstück ist schnell vergessen, Zeitungen überlesen und wichtige Meldungen angestrichen. Dann kommt die eigentliche Arbeit. Herbert Wehner hat seinen eigenen Stil. Überlegungen werden auf lose Zettel notiert, manchmal in kleine Kästchen eingerahmt, Stichworte aufgeschrieben. Das sind Notizen für die Tagesarbeit, für die Diskussionen, für die Ansprachen.

Friedensregelung?

In Hamburg gibt es zunächst Gespräche mit namhaften Journalisten. Wehner hat sie zu sich bestellt; sie wollen wissen, warum die SPD "plötzlich" davon spricht, daß eine neue deutsche Bundesregierung die Aufgabe hat, in Zusammenarbeit mit den Verbündeten der Bundesrepublik die Grundlagen zur Vorbereitung einer Friedensregelung für Deutschland auszuarbeiten. Als Wehner das Wort "plötzlich" hört, muß er kurz lachen. Sicher verkneift er sich eine sarkastische Bemerkung oder vielleicht die Frage, ob man die Sozialdemokratie nach dem beurteilt, was andere über sie sagen oder schreiben oder nach dem, was sie selbst sagt und tut.

Die Antwort ist kurz und klar. Erstens hat die jetzt noch amtierende Bundesregierung selbst in einem an die Sowjetunion gerichteten Memorandum im Jahre 1962 Erörterungen über eine Friedensregelung für Deutschland angeboten. Zweitens hat die SPD nicht "plötzlich im Wahlkampf" davon zu sprechen angefangen, sondern bereits in der Erklärung ihrer Regierungsmannschaft Monate vor Beginn des Wahlkampfes als Aufgabe einer neuen deutschen Regierung die Vorbereitungen für eine Friedensregelung genannt. Drittens - so Wehner - ist das nicht eine Ange-

legenheit einer Partei, sondern die Aufgabe jeder neuen Bundesregierung; ganz gleich, wie diese zusammengesetzt sein wird. Viertens, wer über diese Forderung jammert, muß sich sagen lassen, daß er in den Verdacht gerät, den jetzigen Zustand für normal zu halten.

Im Zonenrandgebiet

Dann geht es in den Wagen zur ersten Versammlung des Tages. Man hätte keine Zeit zum Essen; einige Brötchen und ein Schluck heißer Tee müssen genügen. Erste Station Lauenburg, unweit der Zonengrenze. Anhänger und Gegner der SPD warten schon auf Herbert Wehner. Der Saal ist voll. Das Publikum setzt sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Von der Ankunft bis zum Beginn des Referates sind kaum 10 Minuten vergangen. In dieser kurzen Zeitspanne hat sich Herbert Wehner bei den ihn begrüßenden Sozialdemokraten des Ortes nach den letzten Vorkommnissen während des Wahlkampfes erkundigt, Informationen über das Verhalten der Gegner eingeholt, kurz einige organisatorische Fragen besprochen - und Notizen gemacht.

"Über die "große" Politik kann jeder reden..."

Notizen! - Das ist keine Marotte von Herbert Wehner. Man merkt es nach den ersten Sätzen, die er in dieser Versammlung spricht. Er hat seine Zuhörer sofort gebannt, spricht zu ihnen über die Sorgen des Alltags, über ihre Probleme. Da ist kein Wort zuviel, keine überflüssige Geste und keine Ausflucht in die Sphären der politischen Spekulation. Binahe als wolle er sich entschuldigen, fügt er in die Darstellung der Aufgaben einer sozialdemokratischen Regierung gerade im Zonenrandgebiet den Satz ein:

- * "Na, ja, über die Außenpolitik und über das, was die Russen vielleicht morgen tun werden oder übermorgen nicht tun werden, kann jeder reden. Aber hier und jetzt, geht es um das Schicksal der Menschen im Zonenrandgebiet. Das ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, viel wichtiger als gesamtdeutsche Deklamationen. Hier müssen Ziele fern genannt werden, man muß eine Vorstellung dessen haben, was notwendig und dessen, was möglich ist. Da nützt kein Ausflug in die sogenannte große Politik."

"Herr Vorsitzender"

Die Menschen verstehen Herbert Wehner. An dieser Stelle kommt zum ersten Mal Beifall. Das ist ihnen aus der Seele gesprochen. Sie spüren, daß der Mann, der vor ihnen steht, ihre Probleme und damit ihre Sorgen genauso gut kennt, wie sie selbst; vielleicht in dem einen oder anderen Fall sogar noch besser. Nicht von ungefähr wird Herbert Wehner in den Orten des Zonenrandgebietes seltener mit "Herr Abgeordneter" angeredet, sondern viel häufiger mit "Herr Vorsitzender". Gemeint ist damit der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, dem Herbert Wehner schon seit mehreren Legislaturperioden vorsteht.

"Zu Hause"

Ob in Lauenburg, Dannenberg oder Duderstadt, ob in Helmstedt, Hof oder an irgend einem anderen Ort der 107 Kreise des Zonenrandgebietes: - Überall ist Herbert Wehner "zu Hause", kennt er die Probleme im Detail, hat wirtschaftliche und kulturelle Fragen in jahrelanger Kleinarbeit mit unzähligen Menschen besprochen, die Probleme in den Sitzungen des Bundestages erörtert und in den Sitzungen seines Ausschusses

ses fast immer dafür sorgen können, daß seine Vorschläge die einstimmige Billigung der Vertreter aller Parteien fanden.

Nie leere Versprechungen

Aber auch das wissen die Menschen im Zonenrandgebiet: Wehner hat ihnen nie leere Versprechungen gemacht. Im Gegenteil, oft genug hat er sie vor Illusionen gewarnt, ihnen Ratschläge gegeben und Vorschläge unterbreitet, an deren Verwirklichung sie mitarbeiten konnten.

Da sitzen nach einer Versammlung einige Geschäftsleute bei einem Glas Bier zusammen. Sagt einer: "Sehr freundlich ist ja der Mann nicht, aber verlassen kann man sich auf ihn." Und ein anderer: "Da hab ich einmal Eingaben gemacht; an den Bürgermeister, an den Landrat und an andere Leute. Geantwortet haben sie mir. Aber nur mit ein paar Worten, durch die der Eingang meines Briefes bestätigt wurde. Dann geschah lange nichts; bis ich an den Wehner geschrieben habe. Vierzehn Tage später hatte ich die Antwort. Da war Punkt für Punkt aufgezählt, was ich machen muß; an wen ich mich wenden soll, welche Möglichkeiten zur Lösung meines Problems gegeben sind. Und dann hat die Geschichte plötzlich geklappt."

Es ist nicht sicher, ob Herbert Wehner weiß, wie man über ihn denkt. Jedenfalls spricht er nicht darüber; auch dann nicht, wenn ihn jemand nach den Details seiner Arbeit fragt.

Versäumnisse von 16 Jahren

Seine Reden in den Versammlungen dieser Tage sind hart. Wenn hier und dort ein Anhänger der Regierungsparteien mit Zwischenrufen versucht, die Leistungen der jetzt noch amtierenden Bundesregierung in ein besseres Licht zu stellen, bleibt das bereits im Ansatz stecken. Wehner greift sofort das Argument auf, setzt Zahlen und Tatsachen dagegen und stellt die Frage, ob die Parteien, die seit 16 Jahren in der Bundesrepublik die Macht haben, jetzt im Wahlkampf so tun dürfen, als müßten oder könnten sie ausgerechnet im 17. Jahr ihre Versäumnisse der Vergangenheit nachholen...

Schwere Anklagen gegen Bonn

Was Wehner an Versäumnissen gerade im Zonenrandgebiet aufzählt, ist erschütternd. Da reisen Minister herum, halten große Reden, aber die Probleme bleiben ungelöst. Das wirtschaftliche und soziale Gefälle dieser Gebiete ist im Verhältnis zum übrigen Bundesgebiet auf Schritt und Tritt sichtbar. Die Menschen, die hier wohnen, haben nicht die gleichen Chancen wie jene, die zufällig in einem anderen Teil der Bundesrepublik zu Hause sind. Es fehlt an weiterbildenden Schulen. Die Verkehrsverhältnisse sind schlecht. Die herrliche Landschaft bleibt für den Touristenstrom unerschlossen. Koordinierte Industriensiedlung? - Fehlanzeige! Dafür - so Herbert Wehner - wird mit ministeriellen Gießkannen Erbsüßchenhilfe geleistet. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen weiß oft nicht, welches andere Ministerium für die Lösung dieser oder jener Aufgabe zuständig ist. Er verspricht und genehmigt, ein anderer Minister lehnt ab. Aber als die Sozialdemokraten gefordert haben, ein Bundes Bevollmächtigter für die Zonenrandgebiete dieser könnte der Gesamtdeutsche Minister sein - sollte eingesetzt werden, geschah nichts. Der gegenwärtige Minister hat sich im Kabinett nicht durchsetzen können oder wollen, trotzdem die Sozialdemokraten angeboten hatten, ihm im zuständigen Ausschuß und im Parlament für ein solches von der Sache her gerechtfertigtes Verlangen ihre Unterstützung

zu geben. 13 Ministerien teilen sich in Bonn in die Zuständigkeiten für das Zonenrandgebiet!

Wenn Herbert Wehner so etwas in seinen Versammlungen sagt, überträgt sich seine innere Erregung über soviel Engstirnigkeit auf die Zuhörer. Dann blicken die zu Beginn der Versammlung noch munteren Anhänger der Regierungsparteien verlegen lächelnd vor sich hin. Mancher von ihnen blickt sogar unter sich auf die Erde...

Griff in die Aktenmappe

Wehner schenkt niemandem etwas; sich selbst auch nichts. Seine legendären Aktenmappen, die ihn stets begleiten, enthalten Unterlagen und Beweise für jedes Wort, das er spricht. Und wenn, wie es gelegentlich vorkommt, der eine oder andere Versammlungsbesucher von Wehner mehr wissen will, dann greift er in eine der Mappen. Mit urfehlbarer Sicherheit holt er aus einem Berg von Papieren genau das Dokument heraus, das dem Fragenden den Beweis für die vielleicht angezweifelte Behauptung gibt.

Die Gegner und Anhänger der SPD wissen das. Im Zonenrandgebiet erzählt man sich, daß prominente Redner anderer Parteien dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen aus dem Wege gehen. Man weiß auch, daß die CDU- und FDP-Zentralen ihren Anhängern geraten haben, in Wehners Versammlungen mit Fragen oder Diskussionsbeiträgen sehr vorsichtig zu sein. Kunststück!

Aufgaben der neuen Regierung

Der Tag ist schnell vorüber. Als der Abend sich senkt, steht Wehner - nach einer Pressekonferenz, vier öffentlichen Versammlungen und vielen Gesprächen - auf dem Markt in Lüneburg. Von den allerbühnendigen Häusern hallen Wehners Worte wider. Hier verzichtet er auf das Detail. Hier wird gestrafft und in gedrängter Form dargestellt, worum es am 19. September geht: Um eine Bundestagsmehrheit und um eine neue Bundesregierung, die nicht im Gestern und Vorgestern verhaftet ist, sondern das Morgen und Übermorgen neu gestalten wird. Eine Bundesregierung, die sich der Verantwortung stellt, die den Menschen im geteilten Deutschland das Gefühl gibt, in einem geordneten Haus zu leben, die zwischen Gemeinden, Ländern und Bund die Einheit des Wollens und die Einheit der Tat schafft, die die Demokratie vorlebt und dafür Sorge trägt, daß sich kein Deutscher als Bürger zweiter Klasse fühlen muß.

Wehner will eine Bundesrepublik Deutschland, die stellvertretend für das ganze Deutschland im Inneren und nach außen die Leistungen unseres Volkes darstellt; die nicht nur mehr schlecht als recht verwaltet, sondern Vertrauen nach innen und außen ausstrahlt.

Gelockert - ohne Politik

Am Abend ist Herbert Wehner gelockert. Endlich kommt wieder die Pfeife zu ihrem Recht. Man unterhält sich bei einem Glas leichtem Weins ein ganz klein wenig über die Eindrücke des Tages, viel mehr aber über irgend etwas anderes. Über Wind und Wetter, über das kleine Flugzeug, das doch sehr ruhig fliegt, über einige lustige Erlebnisse bei früheren Wahlkämpfen - es ist so, als hätte es keinen mit Arbeit angefüllten Tag gegeben. Als die ihn begleitenden Journalisten nicht wissen, wie der Stand der Bundesligaspiele ist, lacht er sie aus. Er weiß es nämlich; er hat am Telefon, das in seinen Wagen ein-

gebaut ist, auf der Fahrt nach Lüneburg gehört. Ihn beschäftigt die Frage, ob Spitzen- oder Breitensport besser ist. Seine Meinung: Beides ist notwendig, denn das eine kann ohne das andere nicht bestehen. Er ist schon wieder bei der Politik, oder bei dem, was man in diesem Zusammenhang so nennen könnte. Auf einmal weiß der Mann, der noch vor wenigen Stunden über die Sorgen der Zonenrandgebiete gesprochen hat, alle Details des Schulsports, stellt die Frage, ob es genügend Sportlehrer gibt und ob ein moderner Kulturstaat mit hervorragenden wirtschaftlichen Leistungen nicht verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß Sport und Leibesübungen groß geschrieben werden. "Da fängt die Gesundheitsvorsorge an," sagt er, steht plötzlich auf und meint trocken: "Ausreichender Schlaf gehört auch dazu. Gute Nacht, meine Herren."

Dieser Mann ist vielseitig. Auf dem Rückflug von Braunschweig nach Bonn kritzelt er wieder einige Blätter voll. Diesmal sind es Zahlen mit Randbemerkungen, Stichworte, die in die Arbeitskladde eines Filmregisseurs gehören. Entschuldigend sagt Wehner: "Ich muß nämlich heute Abend für unseren nächsten Fernseh-Wahlfilm noch Regieproben machen. Unsere Fünf-Minuten-Sendung muß immer auf den aktuellsten Punkt gebracht werden." Man erfährt, daß sich Wehner die Regie für die Wahlsendungen der SFD selbst vorbehalten hat. Gefragt, ob es dafür nicht auch andere qualifizierte Kräfte gebe, meint er, das sei schon möglich, aber es müsse doch in der Parteiführung einen Mann geben, auf den man schimpfen und den man politisch verantwortlich machen könne, wenn irgend etwas schief gehe. - Es wird nicht viel zu schimpfen geben, da - das weiß auch Wehner - die Wahlsendungen der SFD von der Fachwelt und vom Publikum mit der Qualitätsstufe eins bedacht werden; in politischen und in filmtechnischen Sinne.

"Viele Tausend helfen mit"

In Hangelar steht wieder der schwarze Mercedes. Ein kurzes Nicken, ein Händedruck den Piloten und ab geht's nach Bonn. Dort warten neue Nachrichten auf Wehner. Es warten die Leute vom Film, ein Stoß Meldungen über den Verlauf des Wahlkampfes am Wochenende. Willy Brandt und Fritz Erler müssen angerufen werden. In der Partizentrale kennt man den Zeitpunkt und den Ort, an dem sie zu erreichen sind. Koch lange ist der Tag nicht zu Ende. Spät am Abend sitzen vor Wehner zwei ausländische Journalisten, ein Norweger und ein Schwede. Der stellvertretende SFD-Vorsitzende spricht mit ihnen in ihrer Landessprache. Daneben werden Anweisungen für den Arbeitsablauf des nächsten Tages gegeben. Termine für Besprechungen mit den Organisatoren des Wahlkampfes, mit einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft. Jeder von ihnen hat ein ähnliches Programm wie Herbert Wehner, aber alle Fäden laufen in der Zentrale zusammen. Das ist Generalstabsarbeit, von der Wehner sagt, sie könnte nie geleistet werden, wenn im Hintergrund, kaum sichtbar, in Städten und Dörfern nicht viele tausend zuverlässige Sozialdemokraten stünden, die genau wissen, worauf es ankommt.

Es ist schon gegen 23 Uhr, als Herbert Wehner nach Hause fährt. Ein Tag wie viele andere in diesen Wochen ist vorüber. Der Motor des Wahlkampfes der Deutschen Sozialdemokratie hat eine kleine Ruhepause.

Am Schalthebel der Kontrolle (II)

Der Zahnarzt im Haushaltsausschuß

Als seinerzeit der Haushaltsausschuß auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Richard Tamblé einen Zuschuß zum Internationalen Zahnärztertage bewilligt hatte, bemerkte der CDU-Abgeordnete Dr. Vogel, daß nun die Zahnärzte die Mitglieder des Ausschusses kostenlos behandeln müssten.

Dieser scherzhafte Vorschlag wurde von Dr. Richard Tamblé sofort treffend pariert. Er antwortete, was das Ziehen der Giftzähne anbelange, so würde er sich gerne für eine kostenlose Behandlung zur Verfügung stellen.

Richard Tamblé vollendet im September dieses Jahres sein 52. Lebensjahr. Er ist geborener Saarländer und wurde nach Schleswig-Holstein verschlagen. Nach seiner Ausbildung war er an der Universitätsklinik Köln erster wissenschaftlicher Assistent, danach Oberassistent an der Universitätszahnklinik in Frankfurt und an der Akademie für zahnärztliche Fortbildung in Berlin. Während des Zweiten Weltkrieges war Richard Tamblé als Stabsarzt tätig. Seit 1946 hat er sein Quartier in Westerland auf Sylt aufgeschlagen, seit April 1960 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat sich Richard Tamblé das Sanitätswesen der Deutschen Bundeswehr besonders vorgenommen. Um in die Materie eindringen zu können, hat er eine vierwöchige Militärübung als Oberstabsarzt der Reserve abgeleistet. Seiner Feder entstammen Veröffentlichungen über die Lage des Sanitätswesens und seine wiederholten Ausführungen im Plenum des Bundestages haben in den betroffenen Kreisen ein sehr gutes Echo gefunden. Als Bewohner der Nordseeinsel Sylt entwickelte sich Richard Tamblé zu einem besonderen Kenner der Probleme des Küstenschutzes. In seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Justizhaushalts hat Dr. Richard Tamblé immer wieder auf die Tatsache verwiesen, daß der Senat des Obersten Rückerstattungsgerichtes in Rastatt nun endlich einmal beerdigt werden sollte. Eine Zusammenlegung mit den beiden anderen Senaten in Herford wurde vor ihm vorgeschlagen, aber leider konnte er sich mit seiner Meinung nicht durchsetzen, weil die SPD über keine Mehrheit im dem Haushaltsausschuß verfügte. Hier könnten nicht unerhebliche Ersparnisse gemacht werden.

Im Plenum hat Richard Tamblé bei der Beratung des Justizhaushalts stets auf die unbefriedigende Situation beim Bundespatentamt in München hingewiesen und verlangt, daß zur schnelleren Erledigung der Patentanmeldungen neue Planstellen für Prüfer geschaffen werden müssen. Er hat damit den Finger auf eine sehr schmerzende Wunde im Bereich der deutschen Wirtschaft gelegt.

Zu seinen besonderen Interessen zählt die Förderung der Krabbenfischerei durch Einsatz für Erhaltung der Abtragprämien und die Verbesserung der Kühleinrichtungen an Bord und die Fangprämien. Außerdem gehört zu dem Kreis seiner Interessen die Förderung des Ausländerreiseverkehrs nach Deutschland. Er verfügt über Informationen aus erster Hand durch Besuche der Außenstellen der deutschen Zentrale für Fremdenverkehr in London, Brüssel, Kopenhagen, Lissabon, Montreal, Chicago, New-York, und Rio de Janeiro.

Max Seidel

Wenn im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ein gewichtiges Wort zu den Fragen der Kriegsofferversorgung, des Kindergeldes oder überhaupt zu Sozialversicherungsproblemen gesagt werden muß, dann ist Max Seidel der Sprecher.

Der gründliche Denker und erfahrene Politiker kommt aus dem Beruf des Schreiners. Mit 18 Jahren wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und seiner Gewerkschaft. Auf der Arbeiterwirtschaftsschule in Peterswaldau ausgebildet, war Max Seidel in vielfacher Hinsicht im Rahmen der sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD tätig.

In der Hitlerzeit war Max Seidel wiederholt in Schutzhaft und dann von 1940 bis 1945 Kriegsteilnehmer. Bis Juli 1946 war er in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Im Jahre 1947 wurde er Sekretär der SPD in Fürth, 1949 Bezirkssekretär in Franken, 1950 - 1953 war er stellv. Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und danach ihr Vorsitzender. Er ist heute Mitglied des Parteirates und stellv. Vorsitzender.

Im Bundestag wirkt Max Seidel vor allem als Berichterstatter in sozialpolitischen Fragen. Grundsatzfest und doch eines vernünftigen Ausgleichs fähig, ist Max Seidel im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zu einer Persönlichkeit herangewachsen, deren Wort schwer wiegt.

Auch außerhalb des Parlaments hat Max Seidel in Schrift und Wort seine Auffassung immer wieder mit großem Können und Energie vertreten.

+ + +

Karl Müller

Als Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier vor dem Auseinandergehen des 4. Deutschen Bundestages mehreren Abgeordneten im Namen des Bundespräsidenten Dr. h.c. Lübke hohe Auszeichnungen verlieh, war unter den Geehrten auch Karl Müller (Ravensburg), der seit 1957 dem Deutschen Bundestag und seinem Haushaltsausschuß angehört.

Karl Müller hat das Schwergewicht seiner Arbeit stets auf wichtige und kritische Punkte gelegt. Er hat sich, obwohl von Haus aus Bau- und Kunstschlosser, auf Grund seiner weiteren Ausbildung ganz besondere Fähigkeiten erworben, um besonders während der Etatberatungen jedes Jahr in Fragen des Bundeshaushalts für Wirtschaft und in Fragen des Ernährungshaushalts ein gewichtiges Wort zu sprechen.

An sich ist Karl Müller einer der Stillen im Lande, aber was er macht, macht er ausgezeichnet und gründlich. Er ist kein Elender, aber einer jener Menschen, auf die in der Ausschularbeit im Deutschen Bundestag nie verzichtet werden kann. Von einem oberflächlichen Standpunkt aus betrachtet, gehört Karl Müller im Plenum des Bundestages zu den sogenannten Hinterbänklern, eine Bezeichnung, die auf niemanden so recht zutrifft. Im Haushaltsausschuß des Bundestages erfüllt der Ravensburger Abgeordnete wichtige Funktionen.

+ + +

Heinrich Ritzel

Von Erwin Schoettle

Vizepräsident des Bundestages

Wohl einer der markantesten sozialdemokratischen Abgeordneten im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags ist Heinrich Ritzel, der jetzt seine parlamentarische Laufbahn mit 72 Jahren beendet.

Ritzel hat ein Leben voll reicher Erfahrung hinter sich. Mit 26 Jahren wurde er Bürgermeister des Odenwald-Städtchens Michelstadt. Die weiteren Stationen: Oberregierungsrat, Kreisdirektor in Gießen, stellv. Provinzialdirektor der Provinz Oberhessen verschafften ihm eine reiche Verwaltungserfahrung, die ihm in der Arbeit des Haushaltsausschusses eine ausgezeichnete Plattform für seine Tätigkeit gab. Dazu kam, daß er auch ein altgedienter Parlamentarier war: Seit 1924 sozialdemokratischer Abgeordneter im Hessischen Landtag, von 1950 bis 1953 gleichzeitig auch Reichstagsabgeordneter. In den Jahren seines Aufenthalts in der Schweiz während des Dritten Reiches betätigte er sich als freier Schriftsteller, wandte sich aber gleichzeitig der Arbeit für den Zusammenschluß der europäischen Völker zu.

Seit 1949 war Heinrich Ritzel Bundestagsabgeordneter. Es ist schwer zu sagen, auf welche seiner vielen Tätigkeiten mehr Gewicht entfällt, auf seine Arbeit im Haushaltsausschuß oder auf seine Aufgabe als Vorsitzender des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität. Jedenfalls hat er immer mit voller Intensität gearbeitet und war stets bereit, sich mit ganzer Kraft für die Dinge einzusetzen, die ihm wichtig erschienen. Als Berichterstatter für den Verkehrshaushalt hat er eine ganz hervorragende Arbeit geleistet. Genauso intensiv widmete er sich dem Haushalt des Auswärtigen Amtes und den damit verbundenen umfangreichen politischen und organisatorischen Fragen. Daß er dabei außerdem noch Zeit fand, in zahlreichen Aufsätzen haushalts- und finanzpolitische Probleme zu behandeln und gleichzeitig von der Tribüne des Bundestags einen unermüdlichen Kampf gegen Tierquälerei zu führen, muß als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß Heinrich Ritzel auch nach dem Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt nichts von der Fähigkeit verloren hat, sich zu engagieren.